

Tagesordnung 1 Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 08.12.2004

Vorlage Nr. 04-V-03-0002

Zentraler Verwaltungs- und Justizstandort Mainzer Straße

Beschluss Nr. 0478

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, einen Kooperationsvertrag mit dem Land Hessen mit den in der Begründung dieser Vorlage aufgeführten Kernpunkten *vorzubereiten und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen*.
2. Den Grundstücksankäufen bzw. Ankaufsoptionen für einen von der LHW zu benennenden Dritten gemäß Anlage 2 dieser Sitzungsvorlage wird zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt über den Grundstücksfonds.
3. Der Verlagerung der Ausbildungsstätte der Innung des Bauhandwerks Wiesbaden-Rheingau-Taunus und dem mit der Innung geschlossenen Aufhebungsvertrag zu den in der Begründung dieser Sitzungsvorlage genannten Bedingungen wird zugestimmt.
Es werden 460.000 € auf der HHST 2.8800.987000 Verlagerung der Ausbildungsstätte außerplanmäßig genehmigt. Die Deckung erfolgt aus dem Grundstücksfonds.
4. Im Vergabeverfahren ist die städtebauliche und architektonische Qualität des PPP-Projektes sicherzustellen. Es ist geplant u. a. eine wettbewerbliche Bewertung der Planungsleistungen vorzunehmen. Auch ist beabsichtigt, in jeder Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr und des Ortsbeirates aktuell zu berichten.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Magistrat bestrebt ist, sobald als möglich darzustellen, wie das Grundstück des jetzigen Gerichtsstandorts an der Moritzstraße zukünftig genutzt werden wird.

(antragsgemäß Magistrat 07.12.2004 BP 1080, Ziffer 5. ergänzt durch den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung))

Tagesordnung III

Wiesbaden, .12.2004

Horschler
stv. Vorsitzender